

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Dienstag (Vormittag), 26. Januar 2016

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

20 2015.RRGR.1107 Motion 280-2015 Flück (Brienz, FDP) Gleichbehandlung von Velo- und Mountainbikerouten im Kanton Bern

Vorstoss-Nr.: 280-2015
Vorstossart: Motion
Eingereicht am: 16.11.2015
Eingereicht von:

Flück (Brienz, FDP)
(Sprecher/in)

von Känel (Lenk i.S., SVP)

Keller (Hinterkappelen, Grüne)

Weitere Unterschriften: 7

Dringlichkeit gewährt: Ja 19.11.2015

RRB-Nr.: 1489/2015 vom 09. Dezember 2015

Direktion: Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

Gleichbehandlung von Velo- und Mountainbikerouten im Kanton Bern

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. die Koordination der regionalen und nationalen Velo-, Mountainbike- und Skatingrouten gemäss Routennetz SchweizMobil im Kanton Bern sicherzustellen
2. den Unterhalt der Signalisation der regionalen und nationalen Velo-, Mountainbike- und Skatingrouten gemäss Routennetz SchweizMobil im Kanton Bern zu übernehmen
3. die Interessen von Velo-, Mountainbike- und Fussverkehr innerhalb des Fachbereichs Langsamverkehr gleichwertig zu vertreten und entsprechende Vollzugs- und Arbeitshilfen auf der Grundlage des Positionspapiers «Koexistenz Wandern und Velo/Mountainbike» (Schweizer Wanderwege, bfu, Swiss Cycling, SchweizMobil, Schweizer Alpen-Club SAC und Schweiz Tourismus; Januar 2015) zu erarbeiten
4. die entsprechenden Anpassungen im kantonalen Sachplan Veloverkehr und/oder im kantonalen Sachplan Wanderrouthenetz vorzunehmen oder allenfalls durch ein anderes geeignetes kantonales Planungsinstrument sicherzustellen

Begründung:

Mountainbiking ist heute nicht nur ein Freizeitsport, sondern stellt im Tourismuskanton Bern ein immer wichtiger werdendes touristisches Angebot dar, das als wertschöpfungsorientierte Ergänzung zum bisher klassischen Wanderangebot zu sehen ist.

Heute übernimmt der Kanton die Koordination und den Signalisationsunterhalt nur für die nationalen und regionalen Velorouten gemäss Netz von SchweizMobil. Für die nationalen und regionalen Mountainbike- und Skatingrouten sind die Koordination und der Signalisationsunterhalt nicht einheitlich geregelt und werden teilweise durch die Regionalkonferenzen oder Planungsregionen oder durch Gemeinden übernommen. Es ergeben sich immer wieder Zuständigkeitsprobleme, sowohl bei der Routenplanung als auch beim Signalisationsunterhalt. Planung, Bau, Betrieb und Wegunterhalt der Mountainbikerouten gehören weiterhin in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinden, analog den bestehenden Velo- und Wanderrouthen.

Aufgrund der heutigen Bedeutung von Mountainbiking soll die Fachstelle Langsamverkehr zukünftig neben den Interessen des Fussverkehrs auch die Interessen des Veloverkehrs vollumfänglich wahrnehmen und insbesondere das Thema Mountainbike gleich behandeln wie die Themen Velo und Wandern.

Vorteile:

- Gesetzesmässige Gleichbehandlung von Velo und Mountainbike sowie Fussverkehr im Kanton Bern
- Der Kanton Bern folgt damit dem Beispiel der meisten anderen Kantone
- Einfachere, effizientere Koordination, Auftragsvergabe und Kontrolle von Signalisation und Signalisationsunterhalt
- Substantielle Verbesserung der Mountainbike-Routen im Kanton Bern
- Anerkennung und Aufwertung des Mountainbiking, das bereits heute eine wichtige Bedeutung für Sommer- und Nebensaisons in den klassischen Tourismusdestinationen des Kantons Bern hat und weiterhin zunehmen wird
- Die Wertschöpfung durch die Mountainbiker ist vergleichsweise hoch

Erwartete finanzielle Auswirkungen:

- Die jährlichen Kosten für Koordination und Signalisation des nationalen (342 km) und regionalen (124 km) Mountainbike-Routennetzes sowie des nationalen und regionalen Skatingnetzes (83 km) belaufen sich voraussichtlich auf etwa 50 000 Franken (total 549 km, inkl. Arbeit).
- Der Mehraufwand für die künftige Gleichbehandlung von Velo- und Mountainbike durch die Fachstelle Langsamverkehr hält sich in Grenzen und dürfte im Rahmen des bestehenden Stellenetats wahrgenommen werden.

Begründung der Dringlichkeit: Planungsprozesse zu Velo- und Mountainbike sind in mehreren Regionen gestartet worden. Es ist sicherzustellen dass diese Planungen im Kanton einheitlich vonstattengehen.

Antwort des Regierungsrats

Das Anliegen war bereits Gegenstand von Mitwirkungseingaben zum Sachplan Veloverkehr, den der Regierungsrat am 3. Dezember 2014 genehmigt hat. Der Regierungsrat hat sich dabei gegen eine Gleichbehandlung der Mountainbike- und Skatingrouten mit den Velowanderrouten entschieden und zwar aus den folgenden Gründen:

Mountainbikerouten – und Skatingrouten erst recht – sind keine Velorouten mit kantonaler Netzfunktion im Sinne des Strassengesetzes. Planung, Bau und Betrieb solcher Freizeitrouten gehören zu den kommunalen Aufgaben, wobei die Planung durch die Regionen zu koordinieren ist, wenn mehrere Gemeinden betroffen sind. Würden Mountainbike- und Skatingrouten künftig den Velorouten gleichgestellt, übernehme der Kanton demnach neue Aufgaben, die bisher nicht Teil des kantonalen Service public waren.

Gemäss einem diesbezüglichen Grundsatzentscheid lehnt der Regierungsrat die Annahme von Motionen, die dem Kanton neue Aufgaben mit Kostenfolgen übertragen würden, konsequent ab. Bei einer Annahme der Motion schätzt das Tiefbauamt die Mehrkosten für die fachliche Begleitung und die Signalisation wie folgt ein:

CHF 150'000 einmalig:	Überprüfung, Optimierung, Koordination und erstmalige Festlegung der nationalen und regionalen Mountainbike- und Skatingrouten im kantonalen Sachplan
CHF 50'000 einmalig:	Initialkosten für die Neusignalisation der Mountainbike- und Skatingrouten.
CHF 10'000 pro Jahr:	Kontrollfahrten und Signalisationsmaterial
CHF 50'000 pro Jahr:	Kantonale Beiträge an Investitionen der Gemeinden.
Darüber hinaus würde dem Tiefbauamt, bei konservativer Schätzung, für die Bewältigung der neuen Aufgabe ein personeller Mehrbedarf von rund 35 Stellenprozenten entstehen.	

1. In den kantonalen Vorgaben zu den laufenden Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepten RGSK der 2. Generation wurden die Regionen eingeladen, unter anderem auch die Themen Mountainbike und Skating zu bearbeiten (vgl. Kantonale Vorgaben für die RGSK der 2. Generation, Leitfaden der BVE und JGK vom 21. Februar 2014, Seite 34). Daran hält der Regierungsrat fest.

2. Die Mountainbike- und Skatingrouten sind zweckmässigerweise mit einem regionalen oder kommunalen Richtplan festzulegen, der zugleich auch den Unterhalt der Signalisation regelt. Dies ist Sache der interessierten Träger, also der Regionen, Gemeinden oder Tourismusorganisationen in enger Zusammenarbeit mit SchweizMobil. Es handelt sich um keine kantonale Aufgabe.
3. Den berechtigten Anliegen aller Nutzer, des Tourismus, der Raumplanung sowie des Wald-, Natur- und Wildtierschutzes soll möglichst Rechnung getragen werden, ohne dass parallele Routennetze aufgebaut werden müssen. Die dazu wichtige Koexistenz von Wandern und Biken wurde bereits in den Leistungsauftrag mit den Berner Wanderwegen aufgenommen. Diese führen eine Koordinationsstelle für das Thema und bieten den Gemeinden und Regionen umfassende Beratungen bei der Planung von Mountainbike-Routen an. Mit entsprechenden Vollzugs- und Arbeitshilfen können längerfristig der Tourismus gefördert, Konflikte vermieden und Kosten gespart werden, ohne die berechtigten Schutzinteressen zu schmälern. Die bestehenden Arbeitshilfen und Merkblätter der verschiedenen kantonalen Ämter sollen dazu koordiniert und zusammengeführt werden. Der Regierungsrat ist deshalb bereit, Ziffer 3 anzunehmen.
4. Mit den Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepten RGSK resp. den regionalen Richtplänen besteht ein geeignetes regionales Planungsinstrument. Eine übergeordnete Planung auf kantonaler Ebene wäre weder sach- noch stufengerecht. Die Sachplanung fällt überdies in die Zuständigkeit des Regierungsrates. Diese Motionsforderung hat daher lediglich Richtliniencharakter.

Der Regierungsrat beantragt:

Punktweise beschlossen

Ziffer 1: Ablehnung

Ziffer 2: Ablehnung

Ziffer 3: Annahme

Ziffer 4: Ablehnung

Präsident. Ich begrüsse Sie zum heutigen Sitzungstag. Es liegt nicht mehr so viel Schnee auf den Strassen, der die vielen Verspätungen erklären könnte. Ich hoffe, dass inzwischen genügend Personen anwesend sind, sodass wir die Sitzung pünktlich beginnen können. Wir fahren nun weiter mit den Geschäften der BVE. Anschliessend werden wir zum Jura-Geschäft übergehen und dann die Geschäfte der GEF behandeln. Danach werden wir zu den Geschäften der VOL übergehen, und nicht zu jenen der ERZ. Wir kommen nun zur Motion Flück «Gleichbehandlung von Velo- und Mountainbike-Routen im Kanton Bern». Grossrat Flück hat Ziffer 4 dieser Motion zurückgezogen. Der Regierungsrat lehnt die Ziffern 1 und 2 ab und ist bereit, die Ziffer 3 anzunehmen. Wir führen eine freie Debatte. Der Motionär hat das Wort.

Peter Flück, Interlaken (FDP). Ich erlaube mir, gleich zu Beginn meine Interessenbindung offenzulegen: Ich bin kein Biker, sondern begeisterter Wanderer und Mitglied der «Berner Wanderwege». Im Auftrag der FDP bin ich auch Mitglied des Beirats dieser Organisation. *(Der Präsident läutet die Glocke.)* Auch ich bin stolz auf das bernische Wanderwegnetz und denke, dass wir dazu Sorge tragen müssen. Das Wanderwegnetz wird von den Gemeinden und vom Kanton in Zusammenarbeit mit den «Berner Wanderwegen» unterhalten und signalisiert. Warum nun diese Motion? Wie wir dargelegt haben, sind das Mountainbiken und Skaten zunehmend wichtige touristische Angebote in allen Regionen unseres Kantons. Sie beschränken sich nicht, wie man vielleicht denken könnte, ausschliesslich auf den Berner Jura oder das Berner Oberland. Diese Sportarten spielen auch in Agglomerationen wie zum Beispiel Bern und Biel eine wichtige Rolle. Ihre Routen gehören ebenso zum touristischen Angebot wie die Velorouten und die Wanderwege. Heute übernimmt der Kanton die Koordination und den Unterhalt der Signalisation für die regionalen Velorouten, die zum Netz von «SchweizMobil» gehören. Für die nationalen und regionalen Mountainbike- und Skatingrouten sind die Koordination und der Unterhalt der Signalisation jedoch nicht einheitlich geregelt. Diese Aufgaben werden je nach dem von Regionalkonferenzen, von Planungsregionen oder von einzelnen Gemeinden übernommen. Dadurch ergeben sich immer wieder Zuständigkeitsprobleme, sowohl bei der Routenplanung wie auch beim Signalisationsunterhalt. Dies möchten wir mit den Punkten 1 und 2 der Motion korrigieren.

Bei Punkt 1 geht es um die Koordination. Der Kanton soll diese Aufgabe in Zukunft auch für die Mountainbike-Routen übernehmen. Bei Punkt 2 geht es um den Unterhalt der Signalisation in demselben Umfang, wie es bis jetzt bei den Wanderwegen und den Velorouten der Fall ist. Die Planung,

der Bau und der Wegunterhalt der Mountainbike-Routen gehören nach wie vor in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinden. Dies soll so bleiben und ist auch bei den Velorouten und Wanderwegen der Fall. Vor diesem Hintergrund stelle ich die Kosten, welche die Regierung in ihrer Antwort angegeben hat, schon ein wenig in Frage. Ich denke, wir liegen mit unserer Kostenschätzung näher an der Realität. Für ein gutes Funktionieren braucht es eine neutrale Koordination. Damit sind wir bei Punkt 3 der Motion angelangt. Die Regierung will diesen Punkt des Vorstosses auch als Motion annehmen und will damit allen Nutzern Rechnung tragen. Darum frage ich mich, warum man die Punkte 1 und 2 nicht als Motion annehmen will. Auch bei diesen Punkten geht es darum, dass man alle Nutzer gleich behandelt. Die Regierung verweist in der Antwort auf Punkt 3 darauf, dass die Aufgabe der Koordination an die Koordinationsstelle der «Berner Wanderwege» delegiert wurde. Wir bitten sehr darum, dies zu überprüfen und zu überdenken. Die bereits bestehende kantonale Fachstelle Langsamverkehr soll diese Aufgabe als neutrale Stelle übernehmen, und nicht die «Berner Wanderwege»! Diese sind doch nicht neutral! Das kommt auch in ihrer Stellungnahme zu unserer Motion zum Ausdruck. Darin sagen sie zum Beispiel, eine Koexistenz sei nur auf Wanderwegen möglich, die mindestens zwei Meter breit seien. Wenn ich das lese, frage ich mich, was wir da noch für die Mountainbiker tun sollen. Haben Sie sich schon überlegt, was dies für die einzelnen Gemeinden bedeutet, wenn man parallel zu den Wanderwegen, die unter zwei Meter breit sind, zusätzlich Mountainbike-Routen bauen muss? Das würde einiges kosten, obwohl eine Koexistenz auch auf schmaleren Wegen durchaus möglich wäre. Das Mountainbiken können wir nicht einfach ausser Acht lassen, dieses Angebot besteht und wird intensiv genutzt.

Es geht uns mit dieser Motion nicht darum, etwas Überrissenes zu fordern, sondern darum, ein geordnetes Nebeneinander von Mountainbikern, Skatern, Velofahrern und Wanderern zu ermöglichen. Dies soll doch auch im Kanton Bern möglich sein. Als Wanderer bin ich sehr viel im Kanton Tessin und im Bündnerland unterwegs. Dort geht das auch. Ich bin zuversichtlich, dass wir dies auch im Kanton Bern hinbekommen werden.

Christian von Känel, Lenk (SVP). Der Sommertourismus wird in den Bergregionen immer schwieriger. Deshalb müssen wir neue Angebote kreieren. Wir sind grundsätzlich nicht gegen die Wanderer, das Wandern hat für uns nach wie vor grosses Potenzial. Aber auch das Mountainbiken wird bei uns eine Zukunft haben. Ich bin davon überzeugt, dass auch das Wandern von der Koordination der Bike-Routen profitieren könnte. Dies ist ein sehr wichtiger Bereich. Wir erwarten vom Kanton die gleiche Behandlung des Angebots für Biker und Skater, wie sie dem Veloroutennetz von Schweiz-Mobil zuteil wird. Die Förderung dieser Sportarten betrifft nicht nur das Berner Oberland. Vielmehr kann der ganze Kanton davon profitieren. Deshalb hoffe ich, dass Sie unsere Motion unterstützen.

Präsident. Wir kommen zu den Fraktionssprecherinnen und -sprechern.

Ulrich Stähli, Gasel (BDP). Wir wissen alle, dass der frei zugängliche Lebensraum in der Schweiz immer kleiner wird, während gleichzeitig die Freizeitaktivitäten immer wichtiger werden. Vor diesem Hintergrund hat das Anliegen der Motion Flück eine gewisse Berechtigung. Trotzdem könnten wir diesen Vorstoss als Ganzes nicht als Motion unterstützen. Ein wichtiger Grund sind die unklaren Kostenfolgen. Zudem handelt es sich zum Teil auch um regionale Aufgaben. Wir können jedoch unterstützen, dass sich die Beteiligten zusammensetzen und die Koordination verbessert wird. Die BDP-Fraktion ist deshalb bereit, die Punkte 1 und 2 des Vorstosses als Postulat zu überweisen. Punkt 3 ginge bei uns mehrheitlich sogar als Motion durch. Eine Minderheit lehnt den ganzen Vorstoss ab, weil es recht schwierig ist, insbesondere die Biker an den Verhandlungstisch zu bringen. Diese sind schlecht organisiert und betrachten sich zuweilen immer noch als die «freien jungen Wilden».

Niklaus Gfeller, Worb (EVP). Die EVP ist grundsätzlich zurückhaltend, wenn es darum geht, dem Kanton weitere Aufgaben zuzuweisen und den kantonalen Service public weiter auszubauen. Es lohnt sich aus unserer Sicht, diesbezügliche Anliegen sehr kritisch zu überprüfen. Zum vorliegenden Vorstoss: Im Gegensatz zu den Velorouten, die auch als Arbeitsweg dienen können, gehören Mountainbike- und Skatingrouten aus unserer Sicht zum Freizeitangebot. Auch wenn es unbestritten ist, dass sie für das Freizeitangebot und den Tourismus im Kanton Bern eine wesentliche Rolle spielen, sehen wir hier keine neue Aufgabe für den Kanton. Für uns ist unbestritten, dass die Planung, der Bau und der Betrieb von Mountainbike- und Skatingrouten zu den kommunalen Aufgaben gehören. Wenn mehrere Gemeinden beteiligt sind, muss man sich auf regionaler Ebene koordinie-

ren. Für uns sind die RGSK das richtige Instrument, um solche Routen zu planen. Wir werden aus all diesen Gründen die ersten beiden Punkte der Motion ablehnen, so wie dies der Regierungsrat beantragt. Die Interessenabwägung aller Nutzer dieser Routen ist jedoch aus unserer Sicht richtigerweise beim Kanton angegliedert. Es macht tatsächlich keinen Sinn, wenn solche Auseinandersetzungen auf der Ebene der einzelnen Gemeinden oder Regionen geführt werden. Offensichtlich wurden in dieser Hinsicht durch den Kanton und die «Berner Wanderwege» bereits gewisse Arbeiten geleistet. Wir werden somit der Überweisung des dritten Punkts dieser Motion zustimmen.

Marianne Dumermuth, Thun (SP). Die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat gewisse Sympathien für dieses Anliegen. Wir können den Punkten 1 und 2 als Postulat mehrheitlich zustimmen. Punkt 3 stimmen wir als Motion zu, so wie es auch der Regierungsrat vorschlägt. Warum haben wir Sympathien für dieses Anliegen? Uns scheint, dass das Biken zu einem weit verbreiteten, gesunden Volkssport geworden ist. Diese Sportart ist umweltverträglich und kommt mit einer relativ bescheidenen Infrastruktur und einem geringen Materialaufwand aus. Der Vorstoss kommt aus dem Oberland, doch er betrifft den ganzen Kanton Bern. Gerade in schneearmen Regionen ist dieser Sport eine gute Alternative. Wenn der Schnee ausbleibt, wie dies etwa vor Weihnachten der Fall war, ist es sicher sinnvoll, den Gästen auch so etwas anzubieten. Es scheint uns hingegen wenig sinnvoll, mehrere Wegnetze nebeneinander zu betreiben. Ein Zusammengehen sollte möglich sein. Wir möchten dieses Anliegen als Postulat überweisen, weil doch noch einige Unklarheiten bestehen, zum Beispiel in Bezug auf die Kosten. Hier könnte es Missverständnisse geben.

Zu Punkt 1: Hier werden vom Regierungsrat 150 000 Franken veranschlagt. Für uns steht diese Zahl jedoch nicht fest, denn der Kanton sollte ja nur die Koordination sicherstellen. Die Planung obliegt weiterhin den Regionen. Dazu haben die Regionen auch gute Planungsinstrumente. Zu Punkt 2: Der Kanton soll die Signalisation übernehmen. Hier wissen wir nicht so genau, welche Aufgaben dies beinhaltet. Aber dass man diese Aufgaben für die grossen Netze übernimmt, könnten wir als Postulat unterstützen. Zu Punkt 3 gibt es nicht viel zu sagen. Ich halte fest, dass der Regierungsrat diese Sache gleich sieht wie der Motionär. Deshalb können wir Punkt 3 als Motion unterstützen.

Bettina Keller, Hinterkappelen (Grüne). Ich bin eigentlich Mitmotionärin, doch nun spreche ich für die grüne Fraktion. Wir haben diese Motion ausführlich besprochen und haben viele Argumente aus den flachen, den hügeligen und den gebirgigen Teilen unseres Kantons angehört. Ein Punkt erscheint mir sehr wichtig: Ich war am Wochenende im Diemtigtal. Es ist verrückt, wie wenig Schnee wir diesen Winter haben. Die Piste ist teilweise braun, man kann lediglich auf schmalen weissen Streifen Ski fahren. Es ist klar, dass sich das Klima verändert und sich damit auch die Möglichkeiten des Tourismus im Oberland wandeln. Wenn das Oberland weiterhin für den Tourismus attraktiv sein will, muss es seine Angebote stärker auf den Sommer und auf die Übergangs-Jahreszeiten ausrichten. Das Biken spielt eine wichtige Rolle, um die Leute davon zu überzeugen, weiterhin im Oberland Ferien zu machen und sich dabei sportlich zu betätigen. Die grüne Fraktion würde der Motion nur in Punkt 3 zustimmen. Die Punkte 1 und 2 würde sie als Postulat annehmen. Auch wir erachten die prognostizierten Kosten als deutlich zu hoch. Es geht ja nicht um eine neue kantonale Zuständigkeit bei der Planung, und es geht auch nicht um neue Routen, sondern es geht vor allem um die Koordination. Deshalb sind wir skeptisch, ob die angegebenen Zahlen tatsächlich realistisch sind. Wir sind auch der Meinung, dass die Mountainbike-Routen keine Netzfunktion haben, im Gegensatz zu den Velorouten. Die Velorouten braucht man auch für den Berufsverkehr, was bei den Bike-Routen sicher nie der Fall sein wird. Deshalb steht die grüne Fraktion der Gleichstellung von Velo- und Mountainbikerouten skeptisch gegenüber. Wir wären, wie gesagt, wirklich dankbar, wenn die Punkte 1 und 2 in ein Postulat umgewandelt würden. Punkt 3 nehmen wir selbstverständlich als Motion an.

Willy Marti, Kallnach (SVP). Dem Titel des Vorstosses können wir in der SVP-Fraktion zwar gewisse Sympathien entgegenbringen. Aber wenn wir genau hinschauen, sehen wir einen ganzen Strauss von Forderungen. Diese sehen zwar bescheiden aus, doch es sind Forderungen, die mit grosser Wahrscheinlichkeit zu zusätzlichen Aufgaben und Belastungen für den Kanton führen würden. Es sind Aufgaben, die auch wir mehrheitlich den interessierten Trägern, also den Gemeinden, Regionen und Tourismus-Organisationen, zuweisen würden. Zu den Kosten: Wenn alle von den Motionären geforderten Punkte erfüllt werden sollen, habe ich den Eindruck, dass die Kosten mindestens so hoch wären wie von der Regierung veranschlagt. In der Antwort des Regierungsrats zu

Punkt 3 liest man, dass die wichtige Koexistenz der Biker und Wanderer in einen Leistungsvertrag mit den «Berner Wanderwegen» aufgenommen wurde. Diese führen eine Koordinationsstelle und bieten Beratungen an. Es sollen Arbeitshilfen und Merkblätter von verschiedenen Ämtern zusammengeführt werden. Damit haben wir doch schon das, was wir brauchen. Wir unterstützen Punkt 3 geschlossen als Motion. Die ersten beiden Punkte lehnen wir als Motion ab. Als Postulat würden wir ihnen hingegen zustimmen.

Nathan Güntensberger, Biel/Bienne (glp). Es wurde schon viel gesagt, ich möchte jetzt nicht alles wiederholen. Doch ich muss sagen, dass ich diese Motion am Anfang nicht ganz begriffen habe. Ich musste mich zuerst bei Bern Tourismus informieren, um zu verstehen, worum es genau geht. Für die glp-Fraktion gehören Mountainbiken und Skaten nicht zum Langsamverkehr, sondern zum Bereich Freizeitvergnügen und Sport. Somit sind sie eigentlich nicht gleich zu behandeln wie das Velofahren oder das Wandern. Wie der Regierungsrat möchten auch die Grünliberalen dem Kanton nicht wieder neue Aufgaben zuschanzen. Wir glauben allerdings auch, dass der Regierungsrat diese Motion sehr offensiv interpretiert hat. Eine Neusignalisation müsste beispielsweise nicht gemacht werden. Deshalb werden die Kosten kaum so hoch liegen wie angegeben. Die Grünliberalen werden dem Regierungsrat folgen und Punkt 3 als Motion annehmen, die Punkte 1 und 2 jedoch ablehnen. Als Postulat hingegen würden die meisten Fraktionsmitglieder die Punkte 1 und 2 unterstützen.

Hans-Jörg Pfister, Zweisimmen (FDP). Die FDP hat Verständnis für das Anliegen der Motionäre, nicht zuletzt, weil sich das Mountainbiken zunehmender Beliebtheit erfreut und touristisch von grosser Bedeutung ist. Biker und Wanderer kommen einander tatsächlich auf gewissen Strecken in die Quere. Deshalb sehen wir, dass eine gute Koordination notwendig ist. Mit entsprechender Signalisation, aber auch mit gewissen Korrekturen der Streckenverläufe könnte man bewerkstelligen, dass die beiden Gruppen aneinander vorbeikommen. Die aufgeführten Kosten erscheinen auch uns etwas hoch. Die Mehrheit der FDP unterstützt diese Motion und würde die einzelnen Punkte auch als Postulat annehmen. Ich hoffe, dass dies auch hier im Plenum so gemacht werden wird.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). In der EDU-Fraktion sieht es ähnlich aus wie bei meinen Vorrednern. Ich könnte mich insbesondere fast vollumfänglich dem BDP-Sprecher anschliessen. Auch bei uns gab der Vorstoss zu reden. Was die Kosten betrifft, gewannen wir den Eindruck, dass der Regierungsrat und die Motionäre nicht ganz vom Selben sprechen. Wir finden es wichtig, dass eine gute Koordination stattfindet. Wir würden die Punkte 1 und 2 als Postulat überweisen, und Punkt 3 als Motion. Zum Schluss eine persönliche Bemerkung: Ich bin oft in den Bergen und bin auch Mitglied der «Berner Wanderwege», bin aber vor allem als Jogger und Biker unterwegs. Dabei stelle ich folgendes fest: Wenn die Köpfe aneinander vorbeikommen, schafft es der Rest meistens auch. (*Heiterkeit*).

Präsident. Wir kommen zu den Einzelvoten.

Andrea Zryd, Magglingen (SP). Nun werden Sie von Seiten der SP-JUSO-PSA-Fraktion diametral entgegengesetzte Voten hören. Ich bin Mitunterzeichnerin dieser Motion und stehe voll hinter diesem Anliegen. Allerdings verstehe ich die Regierung in einem einzigen Punkt: Es ist ein Widerspruch, wenn wir die Regierung zuerst zu Tode sparen wollen, um ihr anschliessend zusätzliche Aufgaben zuzuweisen. Dieses Argument verstehe ich. Ich bin jedoch ziemlich sicher, dass die Kosten nicht so hoch wären, wie von der Regierung angenommen. Die Regierung übernimmt bereits jetzt den Unterhalt der Signalisation für die Wanderwege. Ich denke, dass dies für die Bike-Routen im selben Atemzug gehen würde, da die Biker auch dieselben Wege benutzen. Nun sage ich etwas Saloppes: Es gibt sowohl auf Seiten der Biker wie der Wanderer Idioten. Es gibt Biker, die rücksichtslos den Berg hinunterrasen und die Wanderer gefährden, und es gibt auch Wanderer, die sich furchtbar aufregen, wenn ein Biker an ihnen vorbeifährt. Es geht darum, respektvoll miteinander umzugehen. Dies hat auch mit der Signalisation zu tun. Es geht darum, dass man die Wege gemeinsam nutzen kann. Es wäre ein Unsinn, getrennte Wegnetze aufzubauen. Das wäre auch viel teurer. Im Ausland klappt das Miteinander zum Teil sehr gut, man kommt gut aneinander vorbei. Es ist eine Frage des gegenseitigen Respekts. Ich bitte Sie deshalb, alle Punkte als Motion anzunehmen.

Andreas Hofmann, Bern (SP). Ich habe mit den «Berner Wanderwegen» Kontakt aufgenommen.

Diese Organisation schlägt vor, die Motion abzulehnen. Dann möchte ich eine Interessenbindung bekannt geben: Ich bin Vorstandsmitglied bei «Fussverkehr Kanton Bern». Auch diese Organisation lehnt die vorliegende Motion ab. Die «Wanderwege» haben sich während Jahrzehnten die rechtlichen Grundlagen für die Unterstützung durch den Staat erkämpft. Ich erwähne den Wanderweg-Artikel, der in der Verfassung steht. Dieser geht auf eine Initiative zurück. Die Forderung, dass nun einfach Mountainbike-Routen gleich behandelt werden sollen wie die Wanderwege, stellt demgegenüber einen einfacheren Weg dar: Man muss einfach eine Motion überweisen, und fertig. Das ist nun doch etwas zu einfach. Die Mountainbiker haben sich ein wenig verfahren und sind auf dem Trittbrett gelandet. Zwischen Wanderwegen und Mountainbike-Routen gibt es wesentliche Unterschiede. Bei den Wanderwegen gibt es ein gesamtschweizerisches Netz, während die Mountainbike-Routen vor allem lokal vorhanden sind. Das Mountainbiken ist ein Tourismusangebot. Man kann schon darüber diskutieren, ob man den Tourismus staatlich fördern soll. Wir haben hier zum Beispiel schon über die Schifffahrt diskutiert. Ich könnte mir vorstellen, auf unseren früheren Beschluss, keine Betriebsbeiträge mehr für die Schifffahrt zu entrichten, zurückzukommen. Man kann von staatlicher Seite allerhand Tourismusangebote unterstützen. Angesichts der finanziellen Lage, in der wir uns durch die ewige Steuernsenkerei befinden, geht dies natürlich nicht. Die Fachstelle Langsamverkehr soll nun alles übernehmen, ohne entsprechend ausgebaut zu werden. Diese Fachstelle ist notorisch überlastet, und nun will man ihr zusätzliche Aufgaben übertragen, ohne eine personelle Aufstockung vorzunehmen. Die Folgen sind klar: Diese Zusatzaufgaben würden zu Lasten des Velo- und Fussverkehrs gehen. Hier will sich nun einfach eine neue Kraft in der Berner Verwaltung einnisten und die traditionellen Kräfte verdrängen. Ich möchte die Motionärinnen und Motionäre dazu animieren, den Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln. Ich gebe zu, dass Regelungen nötig sind, doch dazu ist hier ein Postulat besser geeignet.

Barbara Egger-Jenzer, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin. Die Motionäre wollen dem Kanton eine neue Aufgabe zuteilen. Sie begründen ihr Anliegen damit, dass die Signalisation der Mountainbike- und Skatingrouten im Kanton Bern zu wenig koordiniert und vereinheitlicht sei. Es wurde gesagt, dass es sich um eine wichtige Aufgabe handle, die nur einen geringen Mehraufwand mit sich brächte. Wie ich gehört habe, wissen auch einige der anwesenden Personen besser als wir, wieviel so etwas kostet. Ich gehöre sicher nicht zu denen, die etwas gegen sportliche und touristische Angebote haben. Ich treibe privat viel Sport und weiss auch, wie wichtig der Tourismus für unseren Kanton ist. Doch ich bin nicht Sportministerin, sondern bin für die öffentlichen Infrastrukturen zuständig. Ich frage mich, warum wir ausgerechnet die Mountainbiker und Skater mit einer Sonderregelung privilegieren sollen. Ich gehe immer noch davon aus, dass für die Beantwortung der Frage, für welche öffentlichen Infrastrukturen der Kanton zuständig sein soll, logische und nicht emotionale Argumente zählen. Unsere Regelungen müssen gerecht, ausgewogen und objektiv begründbar sein. Wir können nicht einfach situtativ aus dem Bauch heraus neue kantonale Aufgaben definieren, ohne dass diese logisch in ein Gesamtkonzept passen. Natürlich ist es so, dass die ausgewiesenen Mehrkosten für die neue Ausgabe nicht gewaltig wären. Aber Sie wissen es selbst: Kleinvieh macht auch Mist. Wenn wir jetzt damit anfangen, hier und dort mit neuen kantonalen Koordinationsaufgaben zu liebäugeln, weiss ich nicht, wo das enden wird. Es gibt ganz sicher noch weitere Sportarten, die man irgendwie fördern könnte.

Der Regierungsrat möchte an den bisherigen Zuständigkeiten, wie sie im Strassengesetz geregelt sind, nichts ändern. Er ist davon überzeugt, dass die Mountainbike- und Skatingrouten weiterhin sehr gut durch die Regionen und Gemeinden in Richtplänen festgelegt und danach signalisiert werden können. Doch der Kanton stellt sein Know-how gerne zur Verfügung. Wir werden die bestehenden Merkblätter und Arbeitshilfen der verschiedenen kantonalen Stellen zum gleichen Thema besser aufeinander abstimmen und zusammenstellen, damit sie künftig noch gezielter genutzt werden können. In diesem Sinne bitte ich Sie, die Ziffern 1 und 2 dieser Motion abzulehnen, und Ziffer 3, bei der es darum geht, kantonale Vollzugs- und Arbeitshilfen zur Verfügung zu stellen, anzunehmen.

Peter Flück, Interlaken (FDP). Ich danke sehr für die umfassende Diskussion, die hier stattgefunden hat. Ich bin etwas erstaunt darüber, dass gesagt wurde, es handle sich um ein sportliches und touristisches Angebot. Es wurde so getan, als träfe dies auf das Wandern nicht genauso zu. Es geht uns nicht darum, ein Sonderprogramm für das Mountainbiken aufzubauen, sondern um eine Gleichstellung. Wenn wir nun auf kantonaler Ebene etwas tun wollen, um die «jungen Wilden» vielleicht etwas in den Griff zu bekommen, dann sollten wir das tun. Sehr viele neue Aufgaben müsste der Kanton dazu nicht übernehmen. Aber ich sehe, dass man von Seiten der Kolleginnen und Kollegen

bereit ist, dieses Anliegen zumindest zu prüfen. Darüber bin ich sehr froh. Ich werde nun die Punkte 1 und 2 in ein Postulat umwandeln, halte aber bei Punkt 3 an der Motion fest. Ich möchte die Regierung zum Schluss noch um etwas bitten: Diese Koordination soll nicht von den «Berner Wanderwegen» übernommen werden, sondern von einer neutralen Fachstelle. Wir übergeben die Alkoholprävention ja auch nicht an «GastroBern».

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Sie haben es gehört: Die Ziffern 1 und 2 wurden in ein Postulat umgewandelt. Ich schlage vor, über diese beiden Ziffern gemeinsam abzustimmen. – Offenbar sind Sie damit einverstanden. Wer die Ziffern 1 und 2 als Postulat überweisen will, stimmt ja, wer dies ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Ziff. 1 und 2 als Postulat)

Der Grosse Rat beschliesst

Annahme als Postulat

Ja	126
Nein	13
Enthalten	7

Präsident. Sie haben die beiden Ziffern als Postulat angenommen. Wir kommen zur Abstimmung über die Ziffer 3 als Motion. Wer diese Ziffer annehmen will, stimmt ja, wer dies ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Ziff. 3 der Motion)

Der Grosse Rat beschliesst

Annahme

Ja	129
Nein	13
Enthalten	5

Präsident. Sie haben Ziffer 3 als Motion angenommen. Ziffer 4 wurde bereits vor der Debatte zurückgezogen. Damit ist dieses Geschäft bereinigt.